

Kocka, Jürgen

Book Part — Digitized Version

1945: Neubeginn oder Restauration?

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1994) : 1945: Neubeginn oder Restauration?, In: Carola Stern, Heinrich August Winkler (Ed.): Wendepunkte deutscher Geschichte 1848-1945. Überarb. und erw. Neuausg., ISBN 3-596-12234-1, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M., pp. 159-192

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112585>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

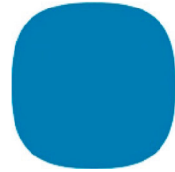
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

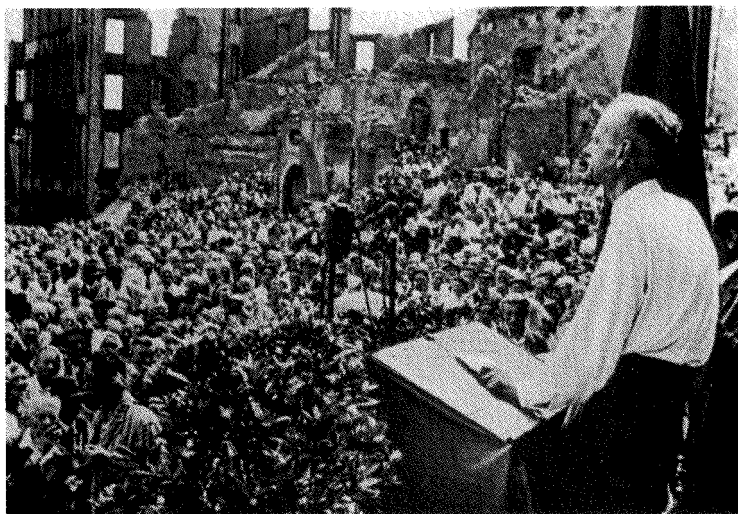
Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Jürgen Kocka

1945: Neubeginn oder Restauration?



Zwischen dem Zeitpunkt der ersten Niederschrift des folgenden Artikels (1977) und dem Zeitpunkt seiner ausführlichen Überarbeitung (1993) liegt der jüngste Wendepunkt deutscher Geschichte, die Wiedervereinigung. Im Lichte solcher Wendepunkte verändern sich die Perspektiven, aus denen heraus Zeitgeschichte gedeutet wird. Darauf wird weiter unten eingegangen. Es liegt auf der Hand, daß der folgende Aufsatz aus der Perspektive eines Bürgers der alten Bundesrepublik geschrieben ist. Ein gelernter DDR-Bürger hätte ihn vermutlich anders konzipiert.

Als sich 1990 abzuzeichnen begann, daß mit der anstehenden Wiedervereinigung Deutschlands auch die alte Bundesrepublik zu Ende gehen würde, zeigte sich, wieviel Zustimmung sie nach mehr als vierzig Jahren in den verschiedensten Bevölkerungsgruppen gefunden hatte. Der Zusammenbruch der DDR stärkte – zumindest vorübergehend – das Selbstbewußtsein der Bundesrepublik ungemein. In fast allen Teilen des politischen Spektrums herrschte nun die Überzeugung vor, daß die Geschichte der Bundesrepublik, gemessen an früheren Perioden deutscher Geschichte und im Vergleich zur scheiternden DDR, insgesamt eine Erfolgsgeschichte gewesen sei – trotz aller Schwächen, Unvollkommenheiten und Widersprüche.

Dabei geriet in Vergessenheit, daß die Bundesrepublik Deutschland während des allergrößten Teils ihrer Lebenszeit ungemein kontrovers beurteilt worden ist. Dabei meine ich nicht so sehr die Kontroverse über den Verlust und die Wiederherstellung der nationalen Einheit. Diese Debatte bewegte die fünfziger Jahre und begleitete die Entscheidung für die Westbindung der Bundesrepublik, die von KONRAD ADENAUERS Regierung durchgesetzt und lange von den nationaleren Sozialdemokraten unter KURT SCHUMACHER bekämpft worden war. Aber seit den sechziger Jahren trat diese Kontroverse rasch in den Hintergrund, und zwar so sehr, daß die Deutschen von der Möglichkeit ihrer Wiedervereinigung 1989/90 gründlich überrascht wurden. Vielmehr denke ich an die große Kontroverse über den Stellenwert der »Gründerjahre« 1945–49 im Rahmen der langfristigen Geschichte von Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. Von der Beurteilung dieser Jahre hing sehr lange die grundsätz-

liche Stellung ab, die jemand gegenüber Gegenwart und Zukunft der Bundesrepublik einnahm – bis weit in die achtziger Jahre. Zwei gegensätzliche Hauptpositionen ließen sich unterscheiden.

Da war zum einen die Restaurationsthese. Sie war älter als die Bundesrepublik selbst. Schon im Herbst 1946 bedauerte der Schriftsteller HANS WERNER RICHTER in der neuen Zeitschrift »Der Ruf«, daß die mögliche und notwendige Neuordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland nach dem Zusammenbruch versäumt worden sei.

»Deutschland ist ein Land der halben und niemals beendeten Revolutionen...« [Nach Kriegsende] »ist nicht etwa, wie es doch zu erwarten war, eine Revolution über dieses Land hingegangen, sondern hat lediglich eine behördlich genehmigte Restauration stattgefunden.«

Seitdem begleitete der Restaurationsvorwurf die Entwicklung der Bundesrepublik. Er wurde zu einem Kernstück so mancher Kritik an der bundesdeutschen Gesellschaft, vor allem aus einer marxistischen Perspektive. So las man in dem weit verbreiteten Taschenbuch *Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949*:

»In die Zeit von 1928 bis 1949 fallen zwei entscheidende Niederlagen der deutschen Arbeiterklasse. Der Sieg des Faschismus 1933 führte große Teile ihrer Organisationen SPD und KPD in die Konzentrationslager, das Proletariat selbst auf die Schlachtbank des Zweiten Weltkriegs... Die zweite... Niederlage war mit der Proklamation der BRD als bürgerlich-parlamentarisch verfaßtem deutschen Teilstaat angezeigt: Untätig und zersplittert, nahm die Arbeiterklasse die Ratifikation der von den Westalliierten betriebenen Restauration eines spätkapitalistischen Systems hin, das dem von Weimar gar nicht so unähnlich war.«

In der Konsequenz dieses Arguments lag dann häufig die Behauptung, daß die wirtschaftliche und gesellschaftliche Konstellation, die den Nationalsozialismus hervorgebracht habe, in der Bundesrepublik im Grundsatz weiterbestehe. Faschismusanalyse, Beurteilung der »Gründerjahre« und Gegenwartsverständnis verschränkten sich.

Dasselbe galt für die wichtigste Gegenposition, jedoch mit anderem Inhalt und anderem Ergebnis. Sie wurde am klarsten um 1960 von dem liberalen Soziologen RALF DAHRENDORF formuliert. Er meinte, daß Hitler-Diktatur, Krieg und Zusammenbruch wie eine teils gewollte, teils ungewollte Revolution gewirkt hätten. Feudale, obrigkeitstaatliche und illiberale Traditionen in Gesellschaft, Staat und Kultur seien durch jene »Revolution« vernichtet oder doch sehr geschwächt worden. Damit seien gerade jene gesellschaftlichen Bedingungen, die den Faschismus in Deutschland im Unterschied zu anderen kapitalistisch-bürgerlichen Systemen ermöglicht hatten, durch Sieg und Niederlage eben dieses Faschismus zerstört worden. Der sozialdemokratische Theoretiker RICHARD LÖWENTHAL schloß sich im Grundsatz an und schrieb in seinem Rückblick nach 25 Jahren Bundesrepublik:

»In Wirklichkeit waren Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik etwas völlig Neues nicht nur gegenüber der untergegangenen Hitlerdiktatur, sondern auch gegenüber der Weimarer Republik und dem Kaiserreich... Zum ersten Mal entstand auf deutschem Boden, auf dem Hintergrund einer liberalen Staats- und Wirtschaftsordnung, eine im westlichen Sinne bürgerliche Lebensform, gleich weit entfernt vom hierarchischen Untertanengeist der Wilhelminischen Ära und von der formlosen Gärung der Weimarer Zeit.«

Was spricht für die Restaurations-, was für die Neubeginn-These? Welche Kontinuität verbindet die Nachkriegszeit mit den Jahren und Jahrzehnten davor? Welche Brüche und Diskontinuitäten traten auf und wodurch? Hielt die Zeit radikalere Wandlungen als Möglichkeiten bereit, die nur nicht wahrgenommen wurden? Welche Chancen wurden verpaßt, welche Gefahren vermieden? Was war bedeutsamer: Kontinuität oder Diskontinuität, Restauration oder Neubeginn?

»Ich war entschlossen, keine halben Dinge zu machen, sondern ich war entschlossen, diesmal alles auf eine Karte zu setzen. – Nicht um ein System handelt es sich, sondern es handelt sich darum, ob diese 85 Millionen Menschen in ihrer nationalen Ge-

geschlossenheit ihren Lebensanspruch durchsetzen können oder nicht. Wenn ja, dann gehört diesem Volk die Zukunft Europas. Wenn nein, dann wird dieses Volk vergehen, dann wird es zurücksinken, und es wird nicht mehr lohnend sein, in diesem Volk dann zu leben!«

Was HITLER in dieser Sportpalast-Rede am 16. Dezember 1940 als zweite ungeheuerliche Möglichkeit ankündigte, schien im Mai 1945 Wirklichkeit zu werden. Bedingungslose Übergabe setzten die Alliierten durch, nicht nur in militärischer, sondern auch in staatlich-politischer Hinsicht. Der totale Krieg zog die totale Niederlage nach sich. Die Besiegten hatten die Souveränität über Territorium und Bevölkerung an die Sieger abzugeben. Das war ein historisches und völkerrechtliches Novum. »Tabula rasa« sollte gemacht werden. Ausrottung des Nazismus, Entschädigung der Sieger, langfristige Kontrolle und Vorbereitung einer demokratischen Neuordnung – das waren die alliierten Ziele. Mit dem Verlust seiner Handlungsfähigkeit war das 1871 gegründete Deutsche Reich, historisch-politisch gesehen, am Ende, was immer spätere völker- und staatsrechtliche Konstruktionen auch behaupten würden. Was an Behörden auf lokaler Ebene weiterarbeitete, tat dies im Auftrag und unter den Anordnungen der Besatzungsmacht.

Die zeitgenössische Formel von der »Stunde Null« meinte aber mehr als das staatliche und militärische Ende. Sie signalisierte nämlich auch das Ende oder doch die tiefe Infragestellung einer Vielzahl von sozialen Beziehungen, Verhaltensweisen, Einstellungen und Werten. Viele der Überlebenden hatten Gewalt und massenhaften Tod kennengelernt, an der Front, in den Konzentrationslagern, im Bombenkrieg der Städte, bei den Vertreibungen. Dies bedeutete viel für Mitglieder einer Zivilisation, die den Tod in der Regel ganz an den Rand ihres Erfahrungsbereichs abgedrängt hatte. 1946 standen für 14 Millionen Haushaltungen nur acht Millionen Wohnungen zur Verfügung, von diesen viele beschädigt. In den Großstädten war mehr als die Hälfte des Wohnraumbestandes zerstört. Obdachlosigkeit wurde zum Massenphänomen. 1946 zählte man in den vier Besatzungszonen fast zehn Millionen Vertriebene; jeder achte Einwohner der Westzonen hatte dieses Schicksal hinter sich. Vertreibung und Flucht

warfen viele aus ihrer Bahn, führten zu sozialem Abstieg, manchmal aber auch zum Aufstieg in einem Ausmaß, das ansonsten unwahrscheinlich gewesen wäre. Zwei Millionen waren in Gefangenschaft, 1,6 Millionen vermißt. Im Oktober 1946 lagen beim Roten Kreuz und bei ähnlichen Stellen fast zehn Millionen Suchanträge.

Individuen wurden aus sozialen Bezügen gelöst, aus Betrieben, Gemeinden, Vereinen, Verwandtschaften; am ehesten hielt die Familie, obwohl auch sie oft zerriß. Die Sozialbeziehungen wurden kleinräumiger, Naturaltausch ersetzte zum Teil die Geldwirtschaft, Informationen waren knapp; man plante nur noch über kurze Zeiträume voraus. Man lebte in einer Art Ausnahmesituation.

Die Not war groß, besonders in den Städten. In Köln besaßen Ende 1945 nur 12 % der Kinder das altersmäßige Normalgewicht. Das Durchschnittsgewicht von männlichen Erwachsenen lag Mitte 1946 in der amerikanischen Zone bei ca. 51 Kilo. In Hamburg litten Ende 1946 über 100 000 Personen an Hungerödemen. Von dort berichtete der Schriftsteller HANS-ERICH NOSSACK Ende 1945:

»Vor allem ist da aber die Kälte, die Gedanken verwirren sich darüber... Die meisten Menschen laufen mit geschwollenen Fingern und offenen Wunden umher, und es lähmt alle Tätigkeit... Von 8 bis 3 Uhr halte ich im Geschäft aus, – erst ab 3 Uhr gehn die Verkehrsmittel wieder, – bin dann aber auch so erfroren, zumal ich nur zwei Scheiben trockenes Brot mitnehmen kann. Und dann beginnt ein harter Kampf um die U-Bahn. Inzwischen hat meine Frau morgens Stunden gegeben, eilt mittags eine Stunde weit, um das Essen aus der Volksküche zu holen, worauf wir mangels Gas, Elektrizität und Kochgelegenheit angewiesen sind, obwohl die meisten Lebensmittelmarken dabei drauf gehn... Zwischen 5 und 6 Uhr versuche ich zu schlafen, um einen Vorhang vor den bisherigen Tag zu ziehen und die fehlenden Kalorien gleichzeitig zu ersetzen. Später nehmen wir noch etwas Teeartiges und einen kleinen Imbiß zu uns, und sitzen dann, wenn nicht gerade Besuch verabredet ist, arbeitend bei einer 15 Watt-Kerze gegenüber. Um 10 Uhr heult die Sirene dreimal, um 10 ¼ zweimal und 10 ½ einmal; dann ist, wie es hier heißt ›curfew‹, also Ausgehverbot. Ich selber sitze meist in Dek-

ken gehüllt noch bis 1 Uhr auf, um dann erfroren ins Bett zu kriechen.«

Die Entstehung öffentlicher Tugenden wurde durch diese Erfahrungen kaum gefördert. Man war froh, im Alltag und im kleinsten Kreis durchzukommen. Der Zusammenbruch war, ähnlich wie die Machtergreifung zwölf Jahre zuvor, keine gute Gelegenheit, sein politisch-moralisches Rückgrat zu beweisen, Identität zu stärken und Grundsätze zu verteidigen. Die einziehenden Alliierten wie auch die Deutschen, die jetzt aus den Gefängnissen, den Lagern oder aus der Emigration zurückkehrten, vermerkten verwundert oder auch bitter, wie eifrig alle beteuerten, eigentlich von nichts gewußt zu haben. »Wenn man sie so reden hört, muß man glauben, daß der einzige Nazi in Deutschland Adolf Hitler gewesen sei«, meinte der langjährige KZ-Häftling KURT SCHUMACHER im Sommer 1945.

Sicher war das System durch seinen so sichtbaren Mißerfolg, seine jetzt voll bekannt werdenden Verbrechen und die erbärmlichen Reaktionen seiner Führer zutiefst diskreditiert, und die Abwendung vieler geschah aus Überzeugung. Schließlich hatte der Spuk ja auch nicht 1000, sondern nur zwölf Jahre gewährt; auch damit hing es zusammen, daß entgegen den Erwartungen der Sieger keine nazistische »résistance«, keine braune Guerilla entstand. Doch viele wandten sich vom Nationalsozialismus nur aus Opportunismus ab, oder dem Zwang der Verhältnisse folgend. Viele tarnten sich und verleugneten ihre Vergangenheit, reagierten mit Zynismus, mit Verachtung gegen sich selbst und die andern. Würdelose Anbiederung an die neuen Machthaber war nicht selten. Andere erkannten wie der Historiker FRIEDRICH MEINECKE:

»Es ist demütigend genug für uns, daß es erst eines verlorenen Krieges bedurfte, um den Bann der Partei zu brechen.«

Sicher verspürten auch viele die Erleichterung, noch einmal davon-gekommen, vom Krieg und vom gefährlichen Druck der Diktatur befreit zu sein; es gab neue Erfahrungen der Solidarität und Gemeinsamkeit über traditionelle Barrieren hinweg; viele Regeln, Konventionen und zivilisatorische Zwänge waren von der Not außer Kraft gesetzt – das hatte auch seine Reize. Doch wichtiger war, was KURT SCHUMACHER im Sommer 1945 so formulierte:

»Größer noch als das Trümmerfeld der Wirtschaft, als das Elend und die Trauer um die sinnlos Gestorbenen, ist das geistige und moralische Trümmerfeld, das die Nazis hinterlassen haben.«

Vor materiellen und geistigen Trümmern meinten viele, an einem Nullpunkt zu stehen, den Zwängen der Geschichte entgehen zu können und mehr als normale Gestaltungsfreiheit zu haben. Die bereits erwähnte, von jungen Intellektuellen publizierte Zeitschrift »Der Ruf« drückte diese Aufbruchsstimmung noch am 1. Oktober 1946 so aus:

»Die Staatsschiffe der Gegenwart gleichen den Kauffahrteifahrern des 16. Jahrhunderts. Sie sind mit dem ganzen Ballast der Vergangenheit belastet. Sie navigieren nur schwerfällig, und jede Kursänderung bereitet unendliche Schwierigkeiten. In Deutschland ist das alles zerschlagen. Es hat weder einen Staat noch eine Wirtschaftsordnung. Die junge Generation kann ganz von vorn... beginnen... Sie braucht nicht umzubauen... Sie kann neu bauen.«

Dies war ein Irrtum, eine Illusion. Denn von der Vergangenheit überlebte mehr in den Wirren der Gegenwart, um die Zukunft zu prägen, als es in den Trümmern zunächst schien. Das galt vor allem für die Wirtschaftskraft und die Wirtschaftsordnung in den westlichen Besatzungszonen. Zwar lagen die größeren Städte in Trümmern. Auch das Verkehrssystem war zerbombt worden. Aber der Zerstörungsgrad der wichtigsten Industrien lag nur zwischen 10 und 20%; das war ungefähr soviel, wie im Krieg an Anlagen hinzugekommen war. Die Demontagen wirkten sich zwar voll auf die Ostzone aus; die im Krieg besonders stark zerstörte Sowjetunion entnahm hier bis 1954 Anlagen und laufende Produktion in Höhe von 60 Milliarden Mark. Der Gesamtwert der im Westen demontierten Anlagen hat aber nur vier Milliarden Mark erreicht – die bald nachlassenden Zwangsexporte (vor allem an Rohstoffen) nicht gerechnet. Zwar hatten sich die Sieger auch und gerade für die Westzonen auf eine radikale Reduktion der deutschen Industriekapazität geeinigt. Man setzte Obergrenzen fest: Noch 1946 wurde eine Begrenzung auf nur 50–55% des Vorkriegsstandes dekretiert. Das wirkte bedrohlich. Doch zunächst

wurden diese Obergrenzen von der gelähmten Wirtschaftsproduktion ohnehin nicht erreicht. Bevor sie hinderlich wurden, revidierte man sie im Zuge der sich schon Ende 1945 ankündigenden und bis 1947 voll durchgesetzten, von Amerika initiierten neuen Politik, die auf schnellen Wirtschaftsaufbau im Westen Deutschlands und Europas abzielte.

Eine hochqualifizierte Arbeiterschaft stand ja ohnehin bereit, die sich durch den Flüchtlingsstrom weiter vermehrte. Nachdem die Lähmung der unmittelbaren Nachkriegszeit überwunden war, bedurfte es nur kräftiger Kapitalzufuhr, um den Nachteil der begrenzten Zerstörung zu einem das Wachstum antreibenden Vorteil werden zu lassen – zumal gleichzeitig politische Wandlungen die Außenhandelsbeziehungen mit dem Westen normalisierten. Amerikanische Kredite, zum Teil im Rahmen des Marshallplans von 1947, die kapitalfreundliche Währungsreform vom Juni 1948, die nur bescheidenen Forderungen der Arbeiter, die Schlimmeres gewohnt waren, und die staatlich geförderte unternehmerische Dynamik eines politisch wieder einmal enttäuschten Bürgertums – all das kam schließlich zusammen, um jenen Kapitalbedarf zu befriedigen. Das Wirtschaftswachstum, das schon vor der Währungsreform begann und den verschiedenen sozialen Gruppen sehr ungleich zugute kam, erschien den allermeisten so sehr als freudige Überraschung, daß sie vor der Bezeichnung »Wirtschaftswunder« nicht zurückschreckten, obwohl die Ökonomen – jedenfalls im nachhinein – nichts Wunderliches daran finden können.

Gegen das Wachstum der Wirtschaft an sich erhob sich natürlich keine Opposition. Umstritten war die Organisationsform: die kapitalistische Unternehmerwirtschaft. Deren Grundprinzipien – private, aus dem Eigentum folgende Verfügungsmacht über Kapital, dezentralisierte Entscheidungen mit Profitorientierung, Marktbeziehungen und Lohnarbeit – hatten die deutsche Industrialisierung seit dem 19. Jahrhundert geprägt. Sowohl in Weimar-Deutschland wie auch im »Dritten Reich« hatte das kapitalistische System Bestand gehabt, obgleich seit 1936 und vor allem in der zweiten Phase des Kriegs sehr weitgehende Staatseingriffe die Dispositionsfreiheit der Unternehmer eingengt hatten. Aber die Grundelemente der kapitalistischen Ord-

nung überlebten auch den Zusammenbruch und prägen das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland bis heute.

Kurz nach dem Zusammenbruch hätte kaum jemand eine Wette auf den Fortbestand des kapitalistischen Wirtschaftssystems abgeschlossen. Antikapitalistische Bestrebungen und Stimmungen waren weit verbreitet, wenn auch vage und wenig entschieden. Intellektuelle und Politiker plädierten für irgendeine Form des Sozialismus oder der Gemeinwirtschaft, von den Kommunisten über die SPD und den starken linken Flügel der entstehenden CDU bis zu den christlichen und humanistischen Intellektuellen, die Zeitschriften wie »Der Ruf«, »Die Wandlung« oder »Frankfurter Hefte« herausgaben. Die Zielsetzungen variierten im einzelnen. Vielen schwebte – wenn auch meist nur sehr vage – vor, in einem wieder erstehenden deutschen Nationalstaat Demokratie und Sozialismus zu verschmelzen und damit einen Brückenschlag zwischen Ost und West zu bewerkstelligen. Mit Ausnahme der Kommunisten gingen die Befürworter von Sozialismus, Sozialisierung und Gemeinwirtschaft davon aus, daß Reformen in dieser Richtung die zu schaffende freiheitlich-demokratische Verfassungsordnung nicht in Frage stellen, sondern erst wirklich ausfüllen würden.

Der kleinste gemeinsame Nenner all dieser Gruppen war die sofortige Sozialisierung der Grundstoffindustrien. In der Regierungserklärung des ersten nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten KARL ARNOLD hieß es noch am 17. Juni 1947:

»Das deutsche Volk und insbesondere die Menschen an Rhein und Ruhr sind entschlossen, eine öffentliche Ordnung aufzubauen, die der Wohlfahrt des Volkes und dem Frieden dient. Das gilt insbesondere für die Neuordnung unserer Wirtschaft. Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat sich an seinen eigenen Gesetzen totgelaufen. Der natürliche Zweck der Wirtschaft, nämlich die Bedarfsdeckung des Volkes, wurde in sein Gegenteil verkehrt... Die bisherigen einseitigen Machtgebilde in der Großwirtschaft werden beseitigt und Neubildungen in der Zukunft werden dadurch verhindert, daß die deutsche Grundstoffindustrie (Kohlenwirtschaft, die stahl- und eisenerzeugende Industrie, sowie die den Markt monopolistisch beherrschende Groß-

chemie) in Gemeinwirtschaft überführt wird. Eine Beteiligung des privaten Großkapitals in den vorgenannten Betriebs- und Industriezweigen wird ausgeschlossen. Soweit im Zuge der Überführung der vorgenannten Industriezweige in Gemeinwirtschaft und im Interesse des Allgemeinwohles Enteignungen erforderlich werden, erfolgt eine Entschädigung nach Maßgabe der künftigen Gesetzgebung und nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit. Kriegs- und Naziverbrecher werden entschädigungslos enteignet.«

ARNOLD gehörte der CDU an und sprach für eine Allparteienregierung.

Neben alten, in Deutschland immer lebendigen und in den Jahren von 1933 bis 1945 keineswegs geschwächten antikapitalistischen Traditionen in den verschiedensten politischen Lagern stand hinter den vielfältigen und verbreiteten Sozialisierungswünschen vor allem zweierlei: Zum einen glaubten viele, daß der Kapitalismus eine entscheidende wirtschaftliche Verbesserung für die Bevölkerung nicht zuwege bringen würde und daß man sich schon deshalb in diesem zerrütteten und verarmten Land keine private Unternehmerschaft mehr leisten könne. Dieses mächtige antikapitalistische Motiv wurde schnell schwächer, als der Kapitalismus nach der Währungsreform 1948 zu zeigen begann, was er immer noch konnte, wenn es darum ging, Fleischtöpfe zu füllen. Zum anderen gab es grundsätzlichere Argumente für die Sozialisierung. Zitieren wir noch einmal KURT SCHUMACHER, den ersten Vorsitzenden der SPD nach dem Kriege. Im Sommer 1945 sagte er:

»Das Monopolkapital hat Hitler zur Macht verholfen, und in seinem Auftrag hat er den großen Raubkrieg gegen Europa vorbereitet und geführt. Solange es in Deutschland möglich ist, daß sich große Vermögen in der Hand verantwortungsloser Privater sammeln können, ist die Demokratie nicht gesichert. Die ungeheure Wirtschaftskraft der Konzerne muß in die Hand der Allgemeinheit gelegt werden, sonst wirkt sie sich als politische Macht gegen den neuen Staat aus.«

Daß HITLER seine Raubkriege im Auftrag der großen Kapitalisten führte, wie SCHUMACHER hier sagt, hat die historische Forschung

nicht bestätigt. Daß der Faschismus und seine Erfolge in Deutschland mannigfaltige Ursachen hatten, wußte auch SCHUMACHER. Doch daß die tiefe Krise des privatkapitalistischen Systems und die antidemokratische, antiparlamentarische und antisozialistische Politik der meisten Unternehmer großen Anteil am Sieg des Nationalsozialismus hatten, das ist nicht zu bezweifeln. Unbestreitbar ist auch, daß die großen Unternehmer unter der nationalsozialistischen Herrschaft weniger Einbußen an Einfluß und Lebenschancen erlitten als andere Klassen, etwa die Lohnarbeiterschaft. Bei vielen Menschen bestand ein Gespür für diese Zusammenhänge. Die »Antifaschistischen Ausschüsse« und Betriebskomitees – räteartige Spontangruppen im kurzen Machtvakuum des unmittelbaren Zusammenbruchs – dachten kaum an die Wiedererrichtung der diskreditierten Unternehmerwirtschaft. Ende 1946 stimmten in Hessen 72 % der Wähler für einen Verfassungsartikel, der die sofortige Sozialisierung der Grundstoffindustrien, Banken und Versicherungen, der Energiewirtschaft und des Versicherungsgewerbes vorsah. Das waren sehr viel mehr Stimmen, als SPD und KPD zusammen bei Wahlen in Hessen und anderswo erhielten.

1946–1948 waren also Mehrheiten für die Teilsozialisierung der deutschen Wirtschaft vorhanden. Zweifellos wäre dies auch mit den liberal-demokratischen Grundsätzen des 1948/49 entstehenden Grundgesetzes vereinbar gewesen. Ob dann ein ähnlich erfolgreiches Wirtschaftswachstum stattgefunden hätte, mag zumindest bezweifelt werden. Was im Gefolge der Verstaatlichung wichtiger Teile der westdeutschen Wirtschaft anders gelaufen wäre, kann niemand sagen.

Die Sozialisierungsversuche scheiterten vor allem an der amerikanischen Besatzungsmacht. Sie untersagte entsprechende Schritte, weil sie jenen von SCHUMACHER und anderen betonten Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Demokratiegefährdung aufgrund von Erfahrungen im eigenen Land nicht sah; weil sie bald alles zu vermeiden versuchte, was die Effizienz der deutschen Wirtschaft beeinträchtigen und damit dem amerikanischen Steuerzahler neue Lasten aufbürden würde – und eine Beschneidung privatwirtschaftlicher Initiativen, so fürchtete man, würde genau diese Auswirkungen haben;

selbst Unternehmer mit prononciertem NS-Vergangenheit profitierten von dieser Befürchtung der Besatzungsmacht und ihrer insofern besonders inkonsequenten Entnazifizierungspolitik. Sozial und ideologisch bestanden viele Übereinstimmungen zwischen einflußreichen Teilen der amerikanischen Militärregierung und der deutschen Geschäftswelt, und diese nutzte das aus. Auch alliiertes Mißtrauen, ökonomische Macht in den Händen des eben noch bekämpften deutschen Staats zusammengeballt zu sehen, spielte eine Rolle.

Vor allem jedoch paßten Verwaltungswirtschaften – und die Teilsozialisierung erschien als Schritt auf diesem Weg – schlecht in die amerikanische Politik, je mehr sich diese in Konfrontation mit der Sowjetunion darauf einstellte, ein weltweites System möglichst liberalkapitalistischer Wirtschaftsbeziehungen und möglichst liberaldemokratischer Verfassungsverhältnisse abzustützen, um so den eigenen Interessen am besten zu entsprechen und eine weitere Ausdehnung des sowjetischen Einflusses zu verhindern. Aufgrund überragender ökonomischer Macht setzten die USA diese Politik allmählich bei den anderen westlichen Besatzungsmächten durch. Der amerikanische Militärgouverneur LUCIUS D. CLAY, der Sozialisierungsgesetze ebenso wie einige ihm zu weitgehende Mitbestimmungsregelungen mit formalen Einwänden verhinderte oder, besser, hinausshob, machte seine Taktik ganz klar:

»Die Zeit ist auf unserer Seite... Wenn wir daher die Angelegenheit hinauszögern können, während die freie Unternehmerwirtschaft fortfährt zu arbeiten und wirtschaftliche Verbesserungen sich einstellen, dann wird sich die Frage dem deutschen Volk vielleicht gar nicht mehr stellen.«

Er sollte recht behalten. Doch ebenso entscheidend für das Scheitern der Sozialisierungspolitik war, daß man deutscherseits nicht wirklich darauf bestand. Als die Amerikaner den Parlamentarischen Rat, der vom September 1948 bis zum Mai 1949 in Bonn das Grundgesetz ausarbeitete, zu einem stärker dezentralisierten und föderalistischen Verfassungssystem drängten, als dieser für richtig hielt, zeigte sich, daß sich entschlossene deutsche Mehrheiten gegen amerikanische Ansinnen *ein Stück weit* auch in wichtigen Punkten durchsetzen konnten. Amerikanische Interessenpolitik in Deutschland setzte

nämlich langfristig die prinzipielle Zustimmung seitens deutscher Mehrheiten voraus, wenn sie erfolgreich sein wollte; dadurch unterschied sie sich sehr von der sowjetischen Deutschland-Politik. Deshalb ist es wahrscheinlich, daß einschneidende Wirtschaftsreformen – wenn auch sicher nicht ein ausgewachsenes sozialistisches System – auch gegen eine widerstrebende amerikanische Besatzungsmacht hätten durchgesetzt werden können, ohne eine prinzipielle Änderung der amerikanischen Politik auszulösen. Voraussetzung wäre gewesen, daß Mehrheiten auf deutscher Seite leidenschaftlich und lange genug darauf bestanden hätten. Zweifellos hätten die USA auch dann mit der Bundesrepublik ihren Handel treiben und in ihr auch dann ein Bollwerk ihres antisowjetischen Bündnissystems finden können, wenn dieser Staat einige sozialisierte Wirtschaftssektoren mehr gehabt hätte. Nur linke und rechte Dogmatiker sehen liberaldemokratische Institutionen und kapitalistische Wirtschaftsverhältnisse in so enger Verknüpfung, daß die einen nur zusammen mit den andern zu verteidigen, zu reformieren oder – zu beseitigen sind. In Wahrheit bestanden und bestehen Chancen zu verschiedenen Kombinationen.

Doch die Forderung nach einer deutlichen Modifikation des Kapitalismus wurde eben auch von deutscher Seite nur halbherzig betrieben. Für die meisten hatte das keine große Priorität. Überleben war wichtiger, Not bedeutete nicht Radikalisierung, und von Politik hatte man ohnehin genug. Soweit die noch nicht wieder organisierten Unternehmerinteressen vor allem in der CDU zum Zuge kamen, wirkten sie natürlich gegen solche grundlegenden Veränderungen. Und viele bezweifelten, daß primär das kapitalistische Wirtschaftssystem den Faschismus hervorgebracht habe; dessen Ursachen sahen sie eher in besonderen Gegebenheiten der deutschen Geschichte, zum Beispiel, wie KONRAD ADENAUER, in der Tradition der preußisch-deutschen Staatsvergötzung und des Militarismus. In der Tat hatten ja kapitalistische Wirtschaftsverhältnisse in den westlichen Demokratien nicht zum Faschismus geführt. In der damaligen Situation konnte aus solchen Überlegungen die Konsequenz gezogen werden, daß die Sozialisierung vielleicht doch nicht jene zentrale Vorbedingung einer freiheitlich-demokratischen Entwicklung sein würde, als die sie so häufig

hingestellt wurde. Umgekehrt war die Erfahrung mit der stalinistischen Sowjetunion und ihrer Besatzungspolitik in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) hautnah genug, um den Zeitgenossen ganz klarzumachen, daß die Verstaatlichung der Produktionsmittel *an sich* keineswegs demokratisierende Folgen haben muß, sondern Freiheit bedrohen und Wohlstand erschweren kann.

All das erklärt mit, warum es einerseits in West-Deutschland nach 1945 zu einer grundsätzlichen Änderung der Wirtschaftsstruktur nicht gekommen ist und warum andererseits diese kapitalistische Kontinuität so wichtig auch wieder nicht ist, wenn man nach den Chancen der Demokratie in Deutschland fragt.

Was die Situation an Sozialisierungschancen dennoch bereitgehalten haben mag, ging zum einen verloren durch das relativ schwache Abschneiden der SPD in den Wahlen 1946/47. Starke antimarxistische Ressentiments wirkten sich dabei aus, die im »Dritten Reich« verstärkt worden waren und jetzt von der neuen bürgerlichen Sammelpartei, der CDU, geschickt ausgenützt wurden. Zum andern begab sich die SPD durch ihre Entscheidung, im Wirtschaftsrat der Bizone (Zusammenschluß der amerikanischen und der englischen Besatzungszone) Mitte 1947 in die Opposition zu gehen, aller weiterbestehenden Chancen zur wirtschaftspolitischen Einflußnahme. In diesem Gremium wurde unter Leitung des Wirtschafts-Direktors LUDWIG ERHARD und mit Unterstützung der Amerikaner 1947/48 eine gemäßigt-neoliberale marktwirtschaftliche Politik vorbereitet und eingeleitet, die, weil erfolgreich, die wirtschafts- und ordnungspolitischen Weichen schon gestellt hatte, als der erste Deutsche Bundestag im September 1949 zusammentrat.

Lediglich die britische Enteignungs- und Entflechtungspolitik in der Ruhr-Montan-Industrie hatte zu tiefergreifenden Strukturreformen geführt: Gewerkschaftliche Mitbestimmung entwickelte sich dort ab 1947 in den »entflochtenen«, d. h. aus ihren früheren Konzernbindungen gelösten, Unternehmen. Sie wurde 1950/51 bei der Reprivatisierung dieser Unternehmen von den Gewerkschaften erfolgreich verteidigt, und dieser gewerkschaftliche Erfolg dürfte eine wichtige Voraussetzung dafür gewesen sein, daß ein Vierteljahrhundert später ähnliche Mitbestimmungsregelungen für alle Großunternehmen

durchgesetzt werden konnten. Mindestens so wichtig wie die *kapitalistische* Kontinuität war die *bürokratische*. In Deutschland ging die Ausbildung öffentlicher Bürokratien der Industrialisierung, der Parlamentarisierung und der Demokratisierung voraus. Darin unterscheidet sich die deutsche Geschichte fundamental von Ländern wie England und den USA. Revolutionen waren in Deutschland nicht zuletzt deshalb so schwach und erfolglos, weil bürokratische Reformen »von oben« einen Teil ihrer Ziele immer schon erfüllt hatten, wenn auch in obrigkeitsstaatlicher Weise. Die Tradition des deutschen Berufsbeamtentums hat – jedenfalls westlich der Elbe – alle großen Einschnitte der neueren deutschen Geschichte relativ unerschüttert überstanden; und seit 1990 wird sie – mit einigem Zögern – auch in den neuen Bundesländern wiederhergestellt. In ihrer rechtlichen Grundstruktur, in ihren Verfahrensweisen und – nach kurzer Unterbrechung – auch in ihrer Zusammensetzung überstand die deutsche Bürokratie in Westdeutschland auch den Einschnitt von 1945, obwohl auch hier starke Kräfte auf eine radikale Reform drängten.

Die amerikanischen und britischen Besatzer kamen aus Ländern ohne festgefügtes Berufsbeamtentum. Besonders die Amerikaner tendierten dazu, die obrigkeitsstaatlich-bürokratische Tradition Deutschlands für dessen illiberalen und undemokratischen Weg verantwortlich zu machen. Ein Zeitgenosse berichtet:

»Den deutschen Beamten wurden u. a. Kommandopraxis und Kastengeist, blinder Gehorsam und unbesehene Gleichsetzung von Gesetz und Recht, fehlende Gleichberechtigung der Geschlechter im öffentlichen Dienst und mangelnde Trennung von Beamten- und Abgeordnetenstellen zum Vorwurf gemacht.«

Etwas Unterstützung fanden die Alliierten mit ihrer Bürokratiekritik bei der deutschen Linken. Sie kehrte hervor, daß die Beamten trotz ihres Anspruchs auf Überparteilichkeit letztlich die Sache des Bürgertums, des Konservatismus oder der Reaktion betrieben, schon aufgrund ihrer sozialen Herkunft und ihrer Privilegien.

Die Entnazifizierung traf insbesondere das mittlere und höhere Beamtentum zunächst hart. So wurden z. B. in Hessen von den Personen, die im Mai 1945 im Dienst des Landes standen, aus politischen

Gründen bis zum 1. Mai 1946 75 % der Beamten, 34 % der Angestellten und 15 % der Arbeiter entlassen. Doch spätestens 1947 kehrte sich der Trend um. Die wieder steigenden Anforderungen der Verwaltung, der Mangel an unbelasteten qualifizierten Beamten, die innere Unsicherheit der Entnazifizierungspolitik, die zunehmende Entscheidungsmacht der deutschen Stellen und die auf raschen Wiederaufbau gerichtete Besatzungspolitik führten zur Wiedereinstellung der meisten entlassenen Laufbahnbeamten. Diese personelle Restauration wurde auf der Grundlage des Artikels 131 des Grundgesetzes in den frühen fünfziger Jahren gründlich fortgesetzt. Anders in der SBZ: Dort war man bereit, lieber administrative Ineffizienz auf einige Jahre in Kauf zu nehmen, als ehemalige Nazis und Mitläufer wieder einzustellen.

Ähnlich erfolglos blieben alliierte Versuche, das Recht des Berufsbeamtentums zu reformieren. Die Engländer und Amerikaner wollten die rechtlichen Unterschiede zwischen Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes aufheben, die Anstellungs- und Beförderungspraxis entbürokratisieren und das Recht der Beamten zur politischen Betätigung einschränken. Die Bürokratie war stark und unersetzbar genug, um diesen Angriff auf ihre »wohlerworbenen Rechte« abzuwehren. Die damals verpaßte Reform des öffentlichen Dienstes konnte später erst recht nicht nachgeholt werden.

Der Schul- und Hochschulbereich machte den doppelten Restaurationsprozeß voll mit: Institutionell wurde vorwiegend auf die Weimarer Situation zurückgegriffen, personell wurde auf eine klare Absetzung von der nationalsozialistischen Zeit nach kurzem verzichtet.

Sicher hatten Prestige und Selbstbewußtsein des Beamtentums im »Dritten Reich« gelitten; manche obrigkeitstaatliche Fixierung mag in diesen Jahren geschwächt worden sein; der Korpsgeist des Beamtentums wurde gelockert; dem Durchbruch des demokratischen Parlamentarismus nach 1945 hat die Bürokratie keine Steine in den Weg gelegt; vor allem nach 1960 hat sie sich in Geist, Zusammensetzung und Funktion stark geändert und diesen Veränderungen keinen vehementen inneren Widerstand entgegengestellt.

Dennoch bedeutete diese bemerkenswerte Kontinuität des Beamten-

apparats über den Einbruch von 1945 hinweg eine deutliche Anbindung der neuen Bundesrepublik an die Jahrzehnte davor, ganz im Unterschied zur DDR. Sozialkonservativer Geist und Stil drangen von hier aus in die Politik, Gesellschaft und Kultur der jungen Republik ein; vordemokratische Autoritätsmuster und illiberale Traditionen wurden auf diese Weise weitergereicht, allerdings auch Kompetenz und Leistungsfähigkeit der Verwaltung, die für das neue, labile Staatswesen unbezahlbar waren. All dies prägte den Stil und den Inhalt der jungen Republik sehr stark mit, denn es gibt gerade in Deutschland wenig Lebensbereiche, die von staatlich-bürokratischen Eingriffen und Beeinflussungen ganz frei sind.

Zweifellos bedeutete dieser Verzicht auf klare Grenzziehungen gegenüber der nationalsozialistischen Vergangenheit eine böse Belastung und schwere Bürde für das Selbstverständnis, die politische Moral, die Autorität und die Glaubwürdigkeit dieses neuen Staates – für viele Jahrzehnte. Auf der anderen Seite ersparte sich die Bundesrepublik so die Entstehung eines belastenden Protestpotentials von degradierten Bürgern zweiter Klasse, mit denen sie als liberaler Rechtsstaat sehr viel weniger leicht fertig geworden wäre als die DDR, die ihre Grenzen nach Westen zudem erst dann abriegelte, als die meisten ihrer ausgebooteten NS-Funktionäre mit dem großen Flüchtlingsstrom in die auch in dieser Hinsicht großzügigere Bundesrepublik ausgewichen waren.

Daß der westdeutsche Verzicht auf eine gründlichere »Bewältigung der Vergangenheit« nicht schädlichere Auswirkungen hatte, lag vor allem daran, daß der Bundesrepublik in anderer Hinsicht wichtige Neuansätze glückten – zum Teil allerdings ohne ihr Zutun –, die den Einschnitt nach 1945 schließlich doch tiefer erscheinen lassen als den von 1918 oder den von 1848 – trotz der bisher besprochenen Kontinuitäten.

1. Was die herrschenden Klassen in Deutschland von den herrschenden Klassen einer voll entwickelten bürgerlichen Gesellschaft vor allem unterschied, war bis 1933 die großteils adlige bevorrechtigte Großgrundbesitzerklasse (»Junker«) Ostelbiens gewesen, die der Demokratisierung von Gesellschaft und Staat seit dem 19. Jahrhundert vehementen Widerstand entgegengesetzte und einen großen Beitrag

zum Sieg des Nationalsozialismus geleistet hat. Diese Klasse hat 1945 aufgehört zu existieren.

Nicht nur die Sieger legten sich 1945 in Potsdam auf eine Bodenreform fest, die den Großgrundbesitz aufteilen sollte. In allen deutschen Parteien wurde sie vorübergehend gefordert. Sie unterblieb im Westen aus ähnlichen Gründen wie die Sozialisierung. Aber sie geschah dort, wo sich die ökonomische Basis der Junker befand: in der Ostzone und in den von Polen und Rußland annektierten deutschen Ostgebieten. Der Historiker GOLO MANN schreibt dazu:

»Der stärkste Träger der alten Autorität, der preußische Adel, ist damals dreimal ruiniert worden: Durch den Krieg, in dem Tausende seiner Mitglieder fielen; durch seinen Widerstand gegen Hitler, die Kette von Verschwörungen, in deren Folge er zu Hunderten ausgerottet wurde, endlich durch Polen und Russen. Da wurden die Junker von ihren Gütern gejagt – wieviel umkam, hat niemand gezählt –, ihre Schlösser abgetragen, ihr Besitz verteilt. Die Überlebenden verschwanden in der Masse der Flüchtlinge aus dem Osten... Eine Tragödie, um so grausamer, weil sie so sehr spät kam, und die man in dem abgestumpften Wirrsal der ersten Nachkriegsjahre kaum auch nur bemerkte.«

Dies trifft zu – doch zutreffend ist auch, daß seit 1945 diese Belastung der Demokratie in Deutschland nicht mehr besteht.

2. Eine zweite große Belastung der Demokratie in Deutschland stellte der Militarismus spätestens seit den Reichsgründungskriegen von 1866 und 1870/71 dar. Bis zum Ende der Weimarer Republik gelang es nicht, die Armee der zivilen Gewalt voll unterzuordnen. Der Eigenständigkeitsanspruch der militärischen Spitzen begrenzte die Parlamentarisierung in Deutschland. Unheilvolle Entwicklungen gingen von diesem »Staat im Staate« vor allem 1914–1918 und in der Endphase der Weimarer Republik aus.

Was die Autonomiebestrebung des Militärs in der deutschen Verfassungsgeschichte, war das Überborden militärischer Wertvorstellungen, Stilelemente und Verhaltensformen in der deutschen Sozialgeschichte. Mehr als in den westlichen Ländern prägte das Leitbild des

Offiziers große Teile des Bürgertums. Befehl und Gehorsam, Dienst, Pflicht und Treue rangierten höher auf der Wertskala als Gelassenheit und Toleranz, Kritik und Diskussion. Traditionsverbände, Burschenschaften und Korps vermittelten diese Tradition auch in der Weimarer Republik. Liberal-demokratische Tugenden entwickelten sich nur mühsam.

Die nationalsozialistische Diktatur trieb diese militaristische Tradition auf die Spitze und dann in den Ruin. Was den zivilen Regierungen in Kaiserreich und Republik nicht gelungen war, HITLER gelang es: die Unterordnung des Generalstabs, seine Instrumentalisierung und personelle Umbildung in einem auch militärisch wahnwitzigen Krieg. Zum Blutzoll, den diese traditionale Führungsgruppe im Krieg und schließlich im späten Widerstand des 20. Juli 1944 zahlte, kam die ihren Nimbus kräftig zerstörende Niederlage. Zu Recht meinte später – im März 1959 – THEODOR HEUSS in einer Rede vor Leutnants und Fähnrichen der Bundeswehr:

»Ich will ganz nüchtern im historischen Aspekt dieses sagen: Eine eigenständige, eine autonome preußisch-deutsche Militärgeschichte ist zu Ende; sie gibt es nicht mehr.«

Dieser erste Bundespräsident, wie auch alle seine Nachfolger, symbolisierte, daß die Hypertrophie militärischer Werte, Umgangsformen und Verhaltensweisen in der bürgerlichen Gesellschaft des westlichen Deutschlands weitgehend ausgerottet ist. In der DDR blieben militärische Traditionen stärker erhalten. Das wiedervereinigte Deutschland setzt, so ist zu hoffen, das zivile Erbe der alten Bundesrepublik fort.

Auch aus den Hochschulen ist dieser unbürgerliche und antizivilistische Geist verschwunden. Trotz des kalten Kriegs und der Wiederaufrüstung gehört der Militarismus – als Verfassungsproblem und als Belastung des sozialen Lebens – der Vergangenheit an. Ein teuer erkaufte, nicht zu unterschätzender Fortschritt, der Deutschland den westlichen Demokratien ähnlicher gemacht hat.

3. Die Spitzenpositionen in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Verbänden und Kultur wurden, insgesamt gesehen, 1945–1949 gründlicher umbesetzt bzw. neubesetzt als 1933 oder 1918/19, und zwar

auch im Westen Deutschlands, von dem hier die Rede ist. Am wenigstens galt das für die Kirchenleitungen und führenden Positionen an den Hochschulen; am deutlichsten wurde es in Regierung, Parlament und Parteien. In den Spitzenpositionen der privaten Wirtschaft war der Wechsel weder besonders stark noch besonders gering.

Die Nazi-Elite wurde entmachtet. Rückgriffe auf das Führungspersonal von vor 1933 waren häufig, vor allem in den Kirchen, im diplomatischen Dienst, in den neu entstehenden Gewerkschaften, in der SPD und den Verwaltungen. NS-Verfolgte und Emigranten rückten in bemerkenswertem Ausmaß in die neuen Führungspositionen ein, vor allem in der SPD, jedoch auch in den protestantischen Kirchen und im kulturellen Bereich.

Die tiefgreifende Schwächung, ja Zerstörung der so lange wirksamen feudalen und militärischen Traditionen spiegelte sich im Erscheinungsbild und im Verhalten der neuen Oberschichten. Die Zurückdrängung traditioneller Führungsgruppen – mit Ausnahme der leitenden Beamten – bedeutete einen Bodengewinn für Manager, Unternehmer und Financiers. Die Bourgeoisie gewann an Boden. Sie hatte in Deutschland zuvor nie jene überragende Rolle gespielt, die ihr die Theorie – und die Kritik – der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft zuschreiben. Mehr als je zählte jetzt individueller, vor allem wirtschaftlicher Erfolg, um Status und Einfluß zu gewinnen. Der so häufige Vorwurf des Materialismus trifft einen Teil dieses Sachverhalts; man muß aber zugleich sehen, daß dies auch eine Befreiung von alten Zwängen darstellte, einen Durchbruch an Bürgerlichkeit, der wahrscheinlich in einer anderen Wirtschaftsordnung nicht möglich gewesen wäre.

Dieser verspätete Durchbruch kapitalistisch-bürgerlicher Elemente in Wirtschaft, Gesellschaft, Staat und Kultur geschah allerdings unter Bedingungen, die sich von denen des 19. Jahrhunderts scharf unterscheiden: Staatlich-bürokratische Lenkung von wirtschaftlichen und sozialen Prozessen ist in vielen Bereichen absolut notwendig und überdies selbstverständlich. Kollektive, organisierte Interessenwahrnehmung hat die Konkurrenz der Individuen stark überlagert. Die Bedeutung der Interessenorganisationen ist so groß, daß die Bundesrepublik manchmal als »Verbändestaat« bezeichnet worden ist. In

den großen privatwirtschaftlichen Unternehmen entscheiden nicht Einzelunternehmer vom Typus des alleinherrschenden Fabrikgründers der industriellen Revolution, sondern angestellte Unternehmer (Manager) an der Spitze bürokratischer Apparate. Vielfältig ist die organisatorische Verflechtung zwischen den großen Unternehmen sowie zwischen Unternehmen, Verbänden und Staat. All dies unterscheidet sich sehr vom Modell eines möglichst staatsfreien Industriekapitalismus der individuellen Konkurrenz, das zwar nie und nirgends voll in die Wirklichkeit umgesetzt worden ist, aber dem doch die Realität vor hundert Jahren ähnlicher war als die heutige.

Solche Tendenzen zur zunehmenden Organisation und Bürokratisierung beobachten wir in allen fortgeschrittenen Industriestaaten westlicher Prägung. (Erst recht galt dies für die Diktaturen des »realsozialistischen« Lagers, und zwar ungleich durchdringender, in vielem ganz anders und langfristig ohne Erfolg – wie man heute weiß.) Aber in Deutschland konnten sich diese Tendenzen besonders leicht und erfolgreich durchsetzen, denn hier konnten sie ja auf einer alten und starken bürokratischen Tradition aufbauen, die bei uns Wirtschaft und Gesellschaft immer schon stärker geprägt haben als in der angelsächsischen Welt.

Kapitalistisch-bürgerliche Prinzipien setzten sich deshalb nur gezähmt und gehemmt, im Rahmen politisch-bürokratischer Gegengewichte und Begrenzungen durch. Das zeigt sich nicht nur an der großen Rolle des Staates bei der Gewährleistung wirtschaftlichen Wachstums und an der weit ausgedehnten Sozialpolitik. Es zeigt sich vielmehr auch an der Verteilung der Macht innerhalb der neuen herrschenden Klassen und am kapitalistisch-bürgerlich-bürokratischen Stil der Bundesrepublik Deutschland, der von einer hochkapitalistisch-darwinistischen Wildbahnatmosphäre ähnlich weit entfernt ist wie von der Eingezwängtheit durchorganisierter Obrigkeitsstaaten des 19. und 20. Jahrhunderts.

Ein ganz entscheidender soziopolitischer Neuansatz in der Bundesrepublik hing mit dieser teuer erkauften Emanzipation von älteren halbfeudalen und militaristisch-obrigkeitsstaatlichen Traditionen zusammen. Um noch einmal RICHARD LÖWENTHAL zu zitieren:

»Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte akzeptieren die besitzenden Oberschichten und die beamteten Träger der staatlichen Exekutive, die in der Mehrheit der ersten deutschen Republik von Beginn an als Feinde gegenübergestanden hatten, die demokratischen Regeln mit gleicher Selbstverständlichkeit, wie dies in den alten angelsächsischen Demokratien der Fall ist.«

Ohne die blutige Lehre durch NS-Diktatur, Krieg und Zusammenbruch wäre das wahrscheinlich nicht der Fall, allerdings vielleicht auch dann nicht, wenn die Strukturreformen nach 1945 radikaler ausgefallen wären. Hier liegt eine wichtige Erklärung für die Lebensfähigkeit der zweiten deutschen Demokratie, nachdem die erste nicht zuletzt an dem Haß und der Feindschaft von deutschen Oberschichten zugrunde gegangen ist.

4. Entsprechende, die Chancen der Demokratie erhöhende Veränderungen sind im Kleinbürgertum der Bundesrepublik vor sich gegangen. Kleine Handwerker und Händler, kleine und mittlere Angestellte, kleine und mittlere Bauern waren vor 1933 unter den Anhängern des aufsteigenden Nationalsozialismus überproportional vertreten. Unter den wirtschaftlichen Krisen der Weimarer Republik hatten sie viel zu leiden. Doch das erklärt nicht alles. Ebenso wichtig waren die im deutschen »Mittelstand« lebendig gebliebenen Anschauungen und Ansprüche, die sich zum Teil an älteren, vorindustriellen Leitbildern orientierten und leicht in Konflikt mit der modernen Wirklichkeit gerieten, so daß kollektive Unzufriedenheiten die Folge waren.

An zünftig-ständischen Idealvorstellungen orientierten sich große Teile des Handwerks; sie forderten von der Obrigkeit Schutz gegen den scharfen Wind der modernen Konkurrenzwirtschaft, aber auch gegen die parlamentarischen Entscheidungsprozesse, in denen sie leicht unterlagen. Nach standesgemäßen, beamtenähnlichen Lebensformen strebten viele Angestellte, die Handlungsgehilfen und Privatbeamten, wie sie lange genannt wurden. Sie strebten nach rechtlichen und sozialen Privilegien, durch die sie sich vom Proletariat, auf das sie mühsam herabzuschauen versuchten, möglichst klar absetzen wollten. – In diesen kleinbürgerlichen und angestellten Mittelschichten verband sich die Erinnerung an eine angeblich »gute alte Zeit« mit

antikapitalistischen Ressentiments, antisozialistischem Haß und illiberaler Demokratieskepsis zu einem oft explosiven Gemisch. Daraus – unter anderem – entstand die braune Protestbewegung HITLERS, die ja ebenfalls Antikapitalismus und Antisozialismus in demagogischer Mischung verband.

Sieg und Niederlage des Nationalsozialismus und die unmittelbare Nachkriegszeit haben manche unzeitgemäße Wunschvorstellung, manche pseudo-ständische Barriere, manchen Dünkel und manche Frontstellung abgebaut. Das schnelle Wachstum der folgenden Zeit und der Klimawechsel der sechziger Jahre wirkten in dieselbe Richtung. Natürlich gibt es weiter Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten. Doch anders als vor 1933 sind heute Angestellte zum großen Teil in Gewerkschaften organisiert, in denen auch Arbeiter Mitglieder sind und sogar die Mehrheit stellen. Die Lebensformen und das Wahlverhalten von Arbeitern und Angestellten sind ähnlicher geworden. Die einst zentrale Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten hat etwas an sozialer Bedeutung verloren. Bei den wenigen Versuchen, eine rechtsradikale Bewegung wiederzubeleben, so in der NPD der sechziger Jahre, waren Angestellte unterrepräsentiert. Es sieht so aus, als ob dieser zahlenmäßig so wichtige »neue Mittelstand« aufgehört hätte, ein herausgehobenes Potential für rechtsgerichtete Proteste zu sein, und diese Veränderung geht zum Teil auf den tiefen Umbruch zurück, den Diktatur, Krieg und Zusammenbruch darstellten.

5. Auch andere traditionell wirksame Spannungslinien und Konfliktfronten wurden durch die Erfahrung der Jahre 1933–1949 abgeschliffen oder geschwächt. Der konfessionelle Gegensatz verlor an Bedeutung, zumal ja auch durch die Teilung Deutschlands die Katholiken im Westen aus ihrer Minderheitsposition herauskamen und im Osten den Kirchen wenig Spielraum und Anlaß blieb, ihre traditionellen Konflikte fortzusetzen.

Die ehemals so harte, steife Unterscheidungslinie zwischen Arbeiterschaft und bürgerlicher Gesellschaft ist unschärfer geworden. Zwar war auch die alte Bundesrepublik weit von der lange beschworenen »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« und der Aufhebung des Klas-

sengegensatzes entfernt. Doch die Zerstörung traditioneller Wohnsiedlungen, die erzwungenen Wanderungen, die gemeinsamen Erfahrungen von Unterdrückung und Not, die Unterbrechung des politischen Einflusses der Arbeiterbewegung in den Jahren 1933 bis 1945, die Sozialpolitik und zuletzt auch die Bildungs- und Schulreform haben bestimmte Entwicklungstendenzen verstärkt und beschleunigt, die ohnehin im schnellen Wandel moderner Industriegesellschaften angelegt sind: In der alten wie in der neuen Bundesrepublik findet sich nur noch wenig von jener diskriminierten und sich selbst abschottenden proletarischen Subkultur, die die deutsche Gesellschaft seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts so stark kennzeichnete.

All diese Unterschiede sind nicht vollkommen verschwunden; an ihre Stelle traten oft neue soziale Ungleichheiten, so etwa das miserable Ghetto der ausländischen Arbeiter anstelle des allgemein-proletarischen. Von bestimmten Gesichtspunkten her wird man jene Abschleifungen überdies als Verluste bedauern. Doch vor allem gilt, daß traditionelle Erstarrungen der deutschen Sozialstruktur gewaltsam aufgelockert und abgebaut worden sind, die die Chancen der Demokratie in Deutschland bis 1933 so beeinträchtigten. Erst diese Auflockerung der deutschen Sozialstruktur bildete die Voraussetzung für das neue Parteiensystem der Bundesrepublik, das in den Gründerjahren nach 1945 entstand und sich bis heute als lebensfähig erweist, auch nach seiner Ausdehnung auf den östlichen Teil Deutschlands.

Die Vertreter der Restaurationsthese übersahen zumeist, daß das so stabile viergliedrige deutsche Parteiensystem aus dem 19. Jahrhundert (Sozialdemokraten/katholisches Zentrum/Liberale/Konservative), das im Prinzip auch die Revolution von 1918/19 noch gut überstand, nach 1945 nicht wieder erstand und nicht wieder erstehen konnte. Die primär bürgerlichen Sammelparteien CDU/CSU stellten in dieser Hinsicht eine wichtige Neuheit dar, trotz der alten Traditionen des Antisozialismus, die sie rücksichtslos und lange erfolgreich fortgesetzt und benutzt haben.

Und auch die traditionsreiche Sozialdemokratie löste sich nach 1945 allmählich aus den Einschnürungen ihrer Vergangenheit: Sie überwand ihre tendenzielle Begrenzung auf die quantitativ stagnierende

Lohnarbeiterschaft und öffnete sich den Mittelschichten, vor allem den Angestellten und Beamten. Entsprechende Wandlungen vollzogen sich auf ideologischem Gebiet. Schon 1945 formulierte KURT SCHUMACHER:

»Es ist gleichgültig, ob jemand durch die Methoden marxistischer Wirtschaftsanalyse, ob er aus philosophischen oder ethischen Gründen oder ob er aus dem Geist der Bergpredigt Sozialdemokrat geworden ist.«

Trotz der unterschiedlichen Zusammensetzung der beiden großen Parteigruppen haben sie eine politische und soziale Integrationskraft entwickelt, und zwar über die Neugründungsphase hinaus, die in der deutschen Parteigeschichte vor 1933 nicht ihresgleichen hat und den Erfolg der zweiten deutschen Demokratie miterklärt. Es ist nur zu hoffen, daß dieses Parteiensystem die starken Belastungen besteht, in die es nach Ausdehnung auf die neuen Länder und angesichts altneuer Parteienverdrossenheit im wiedervereinigten Deutschland geraten ist.

Auch die traditionelle politisch-ideologische Dreigliederung der deutschen Gewerkschaftsbewegung wurde nach 1945 nicht restauriert. Die gemeinsame Erfahrung der nationalsozialistischen Diktatur, die eine selbständige Arbeiterbewegung unterdrückt und Arbeiterführer der verschiedensten politischen Ausrichtung verfolgt hatte; die Not der Nachkriegszeit; die gemeinsame Frontstellung gegenüber den Besatzungsmächten, die den gewerkschaftlichen Wiederaufbau streng kontrollierten und oftmals verzögerten – all dies erleichterte die Gründung einer »Einheitsgewerkschaft« statt der politischen »Richtungsgewerkschaften«, die bis 1933 bestanden hatten.

6. Unrichtig ist es auch, das im Grundgesetz festgeschriebene Verfassungssystem als Ausdruck der Restauration zu begreifen. Nicht um die Wiedererrichtung, sondern um die Neuerrichtung eines funktionierenden parlamentarisch-demokratischen Verfassungssystems ging es, denn ein solches hatte es in der deutschen Geschichte noch nicht gegeben. Dies gelang auf der Grundlage einer schnell erreichten Übereinstimmung zwischen den westlichen Alliierten und fast allen politischen Kräften im westlichen Deutschland. Diese Übereinstim-

mung erklärt sich zum einen aus der Tiefe der Niederlage und der radikalen Diskreditierung des vorangehenden Systems; zum andern aus dem beginnenden kalten Krieg. Entsprechend entstand die Verfassung der Bundesrepublik mit einer doppelten Frontstellung: in Absetzung von der nationalsozialistischen Vergangenheit *und* von der entstehenden Diktatur östlich der Elbe. Leider drängte die zweite Frontstellung die erste bald sehr deutlich in den Hintergrund. Gleich zu Beginn der ersten Regierungserklärung Bundeskanzler ADENAUERS wurde (1949) jene doppelte Absetzung ausgesprochen, die einen breiten Konsensus der Parteien ausdrückte:

»Der Fortschritt gegenüber den Verhältnissen, die seit 1945 bei uns bestanden, auch gegenüber den Zuständen des nationalsozialistischen Reichs, ist groß... Wir haben vor allem aber wieder den Schutz der Persönlichkeitsrechte. Niemand kann bei uns, wie das im nationalsozialistischen Reich der Fall war und wie es jetzt noch in weiten Teilen Deutschlands, in der Ostzone, zu unserem Bedauern der Fall ist, durch Geheime Staatspolizei oder ähnliche Einrichtungen der Freiheit und des Lebens beraubt werden. Diese Güter: Rechtsschutz, Schutz der persönlichen Freiheit, die wir lange Jahre nicht besaßen, sind so kostbar, daß wir trotz allem, was uns noch fehlt, uns darüber freuen müssen...«

Ziemlich unumstritten waren die meisten Grundprinzipien der Verfassung: Festschreibung und Sicherung gerichtlich einklagbarer Menschen- und Bürgerrechte, Rechtsstaatlichkeit, das Bundesverfassungsgericht, die konsequente Verwirklichung des parlamentarischen Repräsentativsystems, Parteienkonkurrenz und Rechte der parlamentarischen Opposition, allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht, die starke Exekutive. Autoritäre Alternativen wurden ebensowenig ernsthaft verfochten wie radikaldemokratische. Umstritten waren Elternrecht und Bekenntnisschule sowie das Föderalismusproblem. Vor allem auf dieses bezogen sich die alliierten Einflußnahmen. Ein Streit um die Grundsätze der Sozialverfassung wäre unvermeidbar gewesen, hätte man sie nicht aus den Verfassungsverhandlungen weitgehend ausgeklammert. Man verzichtete auf ihre verfassungsrechtliche Fixierung. Das Grundgesetz war ja als

Provisorium gemeint. Diese Auseinandersetzung würde man später führen. So dachte die Linke.

Die Politik der westlichen Alliierten, die sich an den Verhältnissen in ihren eigenen Ländern orientierten, wirkte flankierend: Zum Beispiel setzten die Angelsachsen die Neugründung einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung in Form von *Industrieverbänden* durch. Sie verhinderten damit eine von starken Kräften gewünschte allgemeine, nur regional gegliederte Gewerkschaftsbewegung, die vermutlich weniger gut in das System des entstehenden parlamentarischen Parteienstaates gepaßt hätte.

Das Grundgesetz markierte einen bedeutsamen Neuanfang in der deutschen Geschichte. Es erwies sich als flexibel genug, um schnellen sozialen Wandel zu erlauben und im verfassungsmäßigen Rahmen zu halten. Selbst den nächsten und bisher letzten Wendepunkt deutscher Geschichte – den von 1989/90 – hat es überstanden, jedenfalls zunächst.

7. Einen tiefen Bruch mit der historischen Kontinuität stellte schließlich die Teilung Deutschlands im Zusammenhang grundsätzlich veränderter internationaler Beziehungen dar. Aus der Gemeinsamkeit des Kriegs gegen HITLERS Deutschland entwickelte sich bald zwischen den Siegern ein fundamentales Spannungsverhältnis, das sich aus der Gegensätzlichkeit ihrer gesellschaftlich-ideologischen Systeme und ihrer machtpolitischen Interessen mit gewisser Notwendigkeit ergab und sich allmählich zum kalten Krieg steigerte. Deutschland war nur *ein* Schauplatz und *ein* Faktor in diesem sich weltweit entwickelnden Ost-West-Gegensatz.

Die Einheitlichkeit Rest-Deutschlands war zwar im Potsdamer Abkommen vom August 1945 noch vorgesehen; doch zunehmend wurde sie zur Fiktion. Zunächst sperrten sich die Franzosen aus national- und sicherheitspolitischen Gründen gegen die Errichtung zentraler Verwaltungen für ganz Deutschland. Bald wirkten sich die unterschiedlichen Interessen der Mächte an deutschen Reparationen zentrifugal aus, verschiedenartige Interessen, die aus der unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur der einzelnen Siegerländer und ihrer Besatzungszonen folgten. Von Anfang an verstanden die Alliierten Unterschiedliches

unter den Begriffen »Demokratisierung« und »Entnazifizierung«, und sie verwirklichten diese gemeinsam erklärten Ziele auf ganz verschiedene Weise.

Die in der Ostzone 1946 unter sowjetischem Einfluß zustande gekommene Zwangsverschmelzung von SPD und KPD und die Weigerung der SPD unter SCHUMACHER, diese Politik mitzumachen, spiegelten im Frühjahr 1946 bereits den sich entwickelnden prinzipiellen Ost-West-Gegensatz, und sie trugen erheblich zu der verschiedenartigen Partei- und Verfassungsentwicklung in West- und Ostdeutschland bei. 1947 hatten sich die weltpolitischen Strategien der beiden Weltmächte schon so verfestigt, daß wohl keine Chance mehr bestand, den deutschen Nationalstaat wieder zu errichten. Ob eine solche Chance überhaupt nach Kriegsende vorhanden war, bleibt umstritten.

Daß die internationale Konstellation und die Strategien der Großmächte die gesellschaftspolitischen Grundentscheidungen in den Besatzungszonen zutiefst beeinflussten, wurde am Beispiel des amerikanischen Einflusses auf die Sozialisierungspolitik bereits erwähnt. Die Integration Westdeutschlands in das sich entwickelnde westliche Bündnissystem reduzierte die Chancen antikapitalistischer Struktur-reformen, welcher Art auch immer, in den Westzonen außerordentlich. Die auf solche Struktur-reformen drängenden westdeutschen Politiker, vor allem in der SPD, hielten denn auch energischer und länger als ihre gesellschaftspolitischen Gegner am Ziel eines vereinigten Gesamtdeutschlands zwischen den Machtblöcken fest. Je unerreichbarer dieses Ziel im sich ständig verengenden Spielraum des kalten Krieges wurde, desto deutlicher votierte jedoch auch die SPD für einen freiheitlich-demokratischen Teilstaat mit Westbindung, wenn auch unter Betonung seines provisorischen Charakters und mit weiterreichenden gesellschaftspolitischen Veränderungsabsichten.

Auch die nichtkommunistische Linke im westlichen Deutschland wäre, selbst wenn ihr die Politik der Besatzungsmächte mehr Spielraum gelassen hätte, nicht im geringsten von ihrem grundsätzlichen Ja zur liberalen parlamentarischen Mehr-Parteien-Demokratie abgerückt, selbst wenn sie damit ihre national- und gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen hätte retten können. Nationale Einheit und Sozialismus mit liberal-demokratischen Grundsätzen zu bezahlen, kam im

Westen für keine Partei (ausgenommen die KPD) in Frage. Die Prioritäten waren und blieben da klar. Gerade die SPD hatte unter ihrem Sprecher und Vorsitzenden KURT SCHUMACHER seit 1945 keinen Zweifel an ihrer Abgrenzung vom diktatorischen Kommunismus sowjetischen Typs gelassen. Die noch lebendige Erinnerung an den alten Konflikt zwischen SPD und KPD vor 1933, das Wissen vom stalinistischen Terror, positive Erfahrungen im westlichen Exil und sehr bald die Betroffenheit durch kommunistische Zwangspolitik in der SBZ kamen zusammen und erleichterten es der SPD, an ihrem ohnehin starken freiheitlich-demokratischen Erbe festzuhalten. Die Gründung der Bundesrepublik fußte also auf einem sehr breiten Konsens, obwohl sie den schon eingetretenen Verlust der nationalen Einheit erst einmal festschrieb.

Auf den Verlust der nationalen Einheit hat man in Deutschland nicht mit nationalistischem Protest reagiert. Zu sehr wirkte der historische Anschauungsunterricht des »Dritten Reiches« nach, zu tief war die Diskreditierung nationalistischer Anschauungen. Sehr kurz war überdies die Zeit gewesen, während der die Deutschen in einem Nationalstaat gelebt hatten. Keine fünfundsiebzig Jahre war es 1945 her, daß ein kleindeutsches Reich durch das nun endgültig aufgelöste Preußen mit Gewalt zusammengefügt worden war. Die Alten des Jahres 1945 waren noch als Bürger Preußens oder Sachsens oder Württembergs geboren worden; sie hatten das Reich überlebt.

Durch den Krieg HITLERS, den Verlust deutschen Territoriums im Osten und die staatliche Teilung wurden die entstehenden beiden Teilstaaten aus der Spitzengruppe der Großmächte herauskatapultiert. Dies bedeutete vor allem Entlastung für eine Nation, die sich mit ihrer Großmachtrolle seit der BISMARCKSchen Reichsgründung sehr schwergetan hat und gerade durch Großmachtpolitik ihrer inneren Liberalisierung und Demokratisierung Steine in den Weg gelegt hat. Die weltpolitische Zweitrangigkeit der deutschen Staaten im Zeitalter der Supermächte USA und Sowjetunion haben viele von uns im Licht der historischen Erfahrung erleichtert zur Kenntnis genommen.

Zweifellos ist die innere Entwicklung der Bundesrepublik durch die Existenz zweier deutscher Staaten mit entgegengesetzten gesellschaftlichen und ideologischen Systemen geprägt worden. Vielleicht hätte

sich die Einheitsgewerkschaft wieder in politische Richtungsgewerkschaften aufgelöst, wie es in anderen europäischen Ländern geschah, wenn nicht im Zuge der deutschen Teilung und der Konfrontation im kalten Krieg der kommunistische Einfluß in der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung so gründlich nachgelassen hätte und zurückgedrängt worden wäre. Wahrscheinlich hätte auch das Parteienspektrum der Bundesrepublik ohne die deutsche Spaltung anders ausgesehen: In der Bundesrepublik war der parteipolitische (und der intellektuelle) Kommunismus nicht zuletzt deshalb so schwach – schwächer als in den meisten anderen europäischen Ländern –, weil er hier durch die kommunistisch regierte DDR und durch die Frontstellung zwischen den beiden deutschen Staaten zutiefst diskreditiert worden ist. Der seit 1917 die Arbeiterbewegung international belastende Konflikt zwischen Sozialdemokratie und Kommunisten wurde in Deutschland gewissermaßen geographisch entzerrt, territorialisiert. Daraus erklärte sich nicht nur das hohe Maß an grundsätzlicher Übereinstimmung und Stabilität in der Bundesrepublik. Daraus erklärte sich teilweise auch, warum in der Bundesrepublik rationale Kommunismus-Kritik besonders leicht in irrationalen Antikommunismus und manipulierte Kommunismusangst umschlug, mit allen Bedrohungen für Demokratie und Liberalität, die daraus folgten.

Die voranstehenden Beobachtungen sind durchweg aus der Perspektive eines Bürgers der alten Bundesrepublik niedergeschrieben worden. Die diesem Blickwinkel eigene Begrenzung ist heute (1993) offenkundiger als zum Zeitpunkt der Konzeption dieses Beitrages 1977.

In SBZ und DDR war der Bruch mit der historischen Kontinuität teilweise tiefer als im Westen. Ein tiefgreifender Umsturz des Wirtschafts- und Sozialsystems wurde schrittweise erzwungen, von der kapitalistischen Tradition blieb kaum etwas übrig. Der Wechsel in den Führungspositionen von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Kultur und damit auch die Entnazifizierung waren östlich der Elbe radikaler und gründlicher als im Westen – als Folge sowjetischer Besatzungspolitik, die bald von den deutschen Kommunisten fortgesetzt wurde, auch als Konsequenz neuer Unterdrückung, Flucht und Vertreibung, als Produkt eines planmäßig betriebenen Elitewechsels. Die schrittweise Errichtung einer Diktatur verhinderte die Wiederan-

knüpfung an Verfassungs- und Parteitraditionen von vor 1933, wie sie – wenngleich mit entscheidenden Modifikationen – im Westen stattfand. Was die nationalsozialistische Diktatur, der Krieg sowie Flucht und Vertreibung an Umwälzung und Traditionsschwächung mit sich brachten, wirkte sich östlich der Elbe eher noch gravierender aus als im Westen.

Doch in anderen Hinsichten blieben SBZ und DDR viel tiefer in Kontinuitäten der deutschen Geschichte verhaftet als die Westzonen und die Bundesrepublik. Das gilt vor allem in bezug auf die mächtigen Traditionen des autoritären Obrigkeitsstaats und des Illiberalismus, die die deutsche Geschichte so verhängnisvoll prägten, die in der Bundesrepublik schrittweise abgebaut wurden, aber unter dem Dach der Einparteiendiktatur der DDR kräftig weiterlebten und dort die politische Verfassung ebenso prägten wie die sozialen Strukturen und Mentalitäten. In der DDR konnte keine bürgerliche Gesellschaft westlichen Typs neu entstehen wie in der Bundesrepublik. Stärkere westliche Einflüsse blieben aus. Wirtschaftliches Wachstum und kulturelle Modernisierung verliefen in der DDR viel langsamer, und so kam es, daß das Gebiet zwischen Elbe und Oder viel deutscher blieb als die immer klarer der politischen Kultur des Westens zugehörnde Bundesrepublik. Wenn der »deutsche Sonderweg« im Kern eine Wegentwicklung Deutschlands vom Westen war, dann setzte er sich in der DDR noch fort, als er in der Bundesrepublik längst zu Ende gegangen war.

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat die Konstellation neu definiert. Der Wendepunkt von 1989/90 läßt den Wendepunkt von 1945–1949 in neuem Licht erscheinen. Ein wichtiger Aspekt des Bruchs von 1945–1949 wurde revidiert: Der deutsche Nationalstaat erfuhr eine Wiedergeburt, wenn auch nicht in der Erstreckung und nicht in der Verfassung, die er vor 1945 oder vor 1933 besessen hatte. Was dies langfristig bedeutet, wird sich erst zeigen. Beide deutschen Staaten waren durch ihr Gegensatz- und Wechselverhältnis geprägt; das ist zu Ende. Nach 1989/90 hat der Spielraum innen- und außenpolitisch zugenommen, die Zukunft scheint offener, als sie es war. Die Bundesrepublik verändert sich, indem sie die DDR in sich aufnimmt und sich in einer neuen internationalen Szenerie verhalten

muß. All das könnte die Weichenstellungen, die 1945–1949 im Westen vorgenommen wurden, langfristig relativieren.

Aber andererseits hat der Wendepunkt von 1989/90 grundsätzlich das System der Bundesrepublik bestätigt, das sich 1945–1949 im Kern herausbildete. Die Wiedervereinigung vollzieht sich – jedenfalls im Prinzip – als Übertragung des westdeutschen Systems auf das Gebiet der gescheiterten DDR. Insofern mag die westdeutsch geprägte Perspektive dieses Essays auch 1993 nicht ganz ohne Berechtigung sein. Was oben für das westliche Deutschland ausgeführt wurde, gilt im Grundsatz wohl auch für das vereinigte Deutschland der Zukunft – hoffentlich.

»Kapitalistische Restauration oder demokratischer Neubeginn?« hieß die Frage, die wir eingangs aufgegriffen haben. Im Ergebnis erweist sich das als falsche Alternative.

Im Westen Deutschlands konnte es gar nicht zu einer kapitalistischen Restauration kommen, weil die privatwirtschaftliche Grundstruktur 1945 gar nicht gestört oder tiefgreifend verändert war. Es ist richtiger, von kapitalistischer – und bürokratischer – Kontinuität zu sprechen. Zum ändern standen kapitalistische Kontinuität und demokratischer Neubeginn nicht im Gegensatz zueinander; sie schlossen einander nicht aus. Beides fand nebeneinander statt. Trotz jener fundamentalen Kontinuität des Wirtschaftssystems und der öffentlichen Bürokratie waren die Neuansätze und Kontinuitätsbrüche zahlreich und tief genug, um den durch totalitäre Diktatur, totalen Krieg, Zusammenbruch und Neuordnung bedingten Wendepunkt deutscher Geschichte von 1945 mindestens so tiefgreifend und folgenreich sein zu lassen wie die Wendepunkte 1918/19 und 1933. Allerdings trat dieser Neuansatz nicht sofort klar in Erscheinung; er brauchte gewissermaßen eine Inkubationszeit und neue Anstöße, um deutlich hervorzutreten: vor allem in den 60er und 70er Jahren. Deren Reformen und Reorientierungen wären ohne die Traditionsbrüche in Diktatur, Krieg und Zusammenbruch weniger griffig und einschneidend gewesen.

Durch jenen Wendepunkt der deutschen Geschichte ist hierzulande zum ersten Mal ein fast »normales«, den westlichen Ländern sehr

ähnliches liberal-demokratisches System – zunehmend mit sozialdemokratischen Zügen – entstanden, und seit 1989/90 bemüht man sich, es nach Osten hin auszudehnen. Es hat all jene Probleme, die kapitalistisch-bürgerlichen Industriegesellschaften fortgeschrittenen Typs eigen sind: Probleme sozialer Ungleichheit und ihrer Infragestellung, Lenkungs- und Verteilungsprobleme bei nachlassendem Wachstum, Verweigerungsprobleme und Schwierigkeiten der Legitimation, langfristig die Belastung durch den Nord-Süd-Gegensatz und durch unbewältigte ökologische Probleme. Diese Schwierigkeiten teilt die Bundesrepublik mit den anderen westlichen Industriestaaten, wie auch die großen Vorzüge, die diesen Systemen im Vergleich zu allen anderen eigen sind.

Die für Deutschland *spezifischen* Belastungen der Demokratie, die hierzulande den Aufstieg und Sieg des Faschismus ermöglichten, scheinen abgeschwächt oder beseitigt zu sein. Das ist aber kein Grund, sich gegenseitig auf die Schulter zu klopfen. Zu hoch war der Preis, zu groß waren die Opfer, die für die späte Emanzipation eines großen Teils von Deutschland gezahlt wurden, und zwar nicht nur von den Deutschen selbst.

Und zum ändern bleiben erhebliche Unsicherheiten. Immer wieder erinnert die Gegenwart an die auf jeden Fall verblaßten, aber vielleicht doch nicht verschwundenen Schatten der Vergangenheit. Gerade nach 1989/90 tauchen in Deutschland und Europa Mentalitäten und Strukturen wieder auf, die längst überwunden zu sein schienen: Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Andererseits beschleunigt sich der Wandel krisenhaft. Die alte Bundesrepublik wird schnell zur Geschichte. Die Wendepunkte, die einem am nächsten sind, lassen sich am schwersten beurteilen.